

Denk-Anstöße 2011

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Ausgabe Januar 2011

Jahr der Entscheidung

2011 wird nach aller Voraussicht zum Jahr der Entscheidung werden. Die ungeheure Eigendynamik der europäischen Schuldenkrise wird das Geschehen mit weiter zunehmendem Druck bestimmen. Allmählich dämmert die Erkenntnis, dass Deutschland – selbst wenn es wollte – nicht dauerhaft die Rolle des Zahlmeisters in einer Transfer-Union übernehmen kann. Letztlich reduziert sich die Kernfrage darauf, ob Deutschland sehenden Auges im Treibsand der Verschuldung versinken will oder den Mut aufbringt, ein offenkundig gescheitertes Experiment zu beenden. Durch die gebetsmühlenartig vorgetragene Lebenslüge, dass das Schicksal des Landes untrennbar mit dem Euro verbunden sei, haben sich unsere Politiker selbst im Käfig der angeblichen Unabänderlichkeit eingesperrt. Sie geben damit die Option, einen historischen Fehler zu revidieren, aus der Hand. Spätestens, wenn sich auch Portugal, Spanien und Italien unter den so genannten Rettungsschirm drängen, kommt die Stunde der Wahrheit. Der geordnete Rückzug aus der bisherigen Euro-Zone wäre zweifellos das kleinere Übel als das weitere Mitmarschieren im Zug der EU-Lemminge in Richtung Abgrund.

Kraftzentrum

Schwebte die Schuldenkrise nicht wie ein Damokles-Schwert über der konjunkturellen Entwicklung, so wäre die Welt zumindest für die deutsche Wirtschaft in Ordnung. Die OECD prognostiziert nach einem BIP-Zuwachs von 3,5 % in 2010 für das laufende Jahr eine weitere Steigerung um 2,5 %. Damit werde Deutschland schon bald wieder den Vorkrisenstand der Wirtschaftsleistung erreichen. Das ifo-Institut meldete für November 2010 den besten Stimmungswert in Industrie und Gewerbe seit der Wiedervereinigung. Der Aufschwung sei intakt und breit angelegt. Die Schuldenkrise in zahlreichen EU-Ländern schlage sich bisher nicht auf das Geschäft durch. Zwar sind die Exporterwartungen leicht zurückgegangen, dafür stieg die Inlandsnachfrage. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich ebenfalls deutlich verbessert. Auch der Mittelstand zeigt sich – laut KfW – wieder zuversichtlich. Jeder vierte Betrieb will zusätzliches Personal einstellen. Dazu trage die stabile Umsatzrendite bei, die 2009 bei 5,1 % lag. Ansonsten präsentiert sich die Konjunktur in Europa völlig uneinheitlich. Deutschland ist derzeit das europäische Kraftzentrum, während vor allem die PIGS-Länder in schweren Krisen stecken.

Schrecken ohne Ende ?

Auch in den Wirtschaftsmedien haben die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Euro in den letzten Wochen sprunghaft zugenommen. Die „Financial Times Deutschland“ kommentiert unter der Überschrift „Warum die Euro-Zone zerbricht“: „Wir steuern in Europa auf einen Massenbankrott souveräner Staaten zu. Griechenland, Irland und Portugal werden irgendwann in den nächsten Jahren ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. Dazu sind die Schuldenstände zu hoch, und das Wachstum ist zu gering. Und es ist die Krise, die die Krise provoziert. Die hohen Marktzinsen, die von der Europäischen Union aufoktroierte Haushaltspolitik und die Deflation von Löhnen und Immobilienpreisen werden Wachstum und Steuereinnahmen in diesen Ländern schrumpfen lassen und alle Prognosen über den Haufen schmeißen. Mit projizierten Staatsschuldenständen von 100 bis 150 Prozent, stagnierenden Wachstumsraten und steigenden Marktzinsen ist die Insolvenz dieser Länder nicht mehr aufzuhalten. Es wäre viel billiger, Griechenland und Irland jetzt in die Insolvenz zu schicken und das Geld für eine dann nötige Rekapitalisierung deutscher Banken auszugeben. Man hätte dann sogar noch einen politischen Hebel, die Umstrukturierung des heimischen Bankensektors zu forcieren.“

Euro-Spaltung

Auch das „Handelsblatt“ sieht die aktuelle Entwicklung skeptisch. In einem Kommentar vom 22. November 2010 heißt es: „Das Schreckensszenario, das die Skeptiker propagieren, die Befürworter dagegen regelmäßig mit Spott überhäufen, könnte sich bewahrheiten: dass sich die Einheitswährung als nicht überlebensfähig erweist und sich in einen harten Kern und eine weniger harte Peripherie zerlegt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Eurosystem, das wir in einigen Jahren erleben, nicht mehr dem heutigen entsprechen. Wir werden es mit zweieigenen Zwillingen zu tun haben: einem niedriger bewerteten ‚Euro Süd‘ und einem teureren ‚Euro Nord‘ (oder einem ‚Schuldner-Euro‘ und einem ‚Gläubiger-Euro‘). Der ersten Kategorie gehören die Mittelmeerländer an, der zweiten eine um Deutschland herum gebildete Gruppe von Gläubiger-Nationen, die sich als stabilitätsverpflichtet und kampferprobt erwiesen haben.“

Börsen-Zahltag

Die Börsen haben sich weitgehend von den Realitäten und Risiken der Realwirtschaft abgekoppelt. Während die Gemeinschaftswährung unverkennbar mit existenziellen Problemen zu kämpfen hat, erreichte der DAX am 2. Dezember 2010 den höchsten Stand seit Juni 2008. Ursächlich dafür ist neben positiven Konjunkturaussichten, niedrigen Zinsen und steigenden Unternehmensgewinnen offenbar das Prinzip Hoffnung. Ein Warburg-Analyst verstieg sich zu der Aussage: „Man kann den DAX durchaus als Gewinner der Krise betrachten“. Tatsächlich könnte es sich hier um die Ruhe vor dem Sturm handeln. In nicht allzu ferner Zukunft dürfte auch an den Börsen der Zahltag kommen. Dann wird sich zeigen, ob sich die aktuelle Banker-Empfehlung, in Aktien und Fonds als „Sachwerte“ zu investieren, als krisenbeständig erweist.

„Keine Krise“

Die Hängepartie geht weiter. Nahezu täglich überschlagen sich Nachrichten, Vorschläge, Forderungen und Ankündigungen zur Stabilisierung des angeschlagenen Euro. Griechenland kündigt einseitig an, seine Schulden später zurückzahlen als vereinbart. Die EU-Kommission „besteht darauf“, den 750 Mrd.-Rettungsschirm – mit vorrangig deutschen Steuergeldern – auszuweiten und mit „neuen Instrumenten“ auszustatten. Die Bundesregierung signalisiert – wie immer – Gesprächsbereitschaft. Und die Bundeskanzlerin lässt den Eindruck eines Blanko-Schecks entstehen, als sie verkündet: „Deutschland wird, was notwendig ist, auch tun.“ Eine Rückkehr zur DM schließt sie kategorisch aus. In dieser prekären Gemengelage gibt Jean-Claude Juncker zu Protokoll, die europäische Gemeinschaftswährung befinde sich eigentlich in gar keiner Krise.

Kardinalfehler

Bemerkenswert ist, wie selbst-verständlich und dreist sich EU-Kommissare und andere Politiker mittlerweile anmaßen, in deutsche Kassen zu greifen. Falls die Bundesregierung zusätzliche Forderungen nicht sofort willfährig abnickt, wird ihr fehlender europäischer Gemeinsinn oder Schlimmeres unterstellt. Außerdem wird der Euro, der seit Januar 1999 22 % an Wert verloren hat, als mustergültig stabile Währung gerühmt. Und kaum ein Politiker vergisst den gebetsmühlenartigen Hinweis, dass die Exportnation Deutschland überproportional vom Euro profitiere. Die „Welt“ bezeichnet die inkonsequente Überwachung der Stabilitätsregeln als Geburtsfehler. Auf Dauer sei es nicht durchzuhalten, die eigenen Bürger nach innen zum Sparen zu verdonnern und nach außen Verschwendung zu finanzieren. Allmählich dämmert auch die volkswirtschaftliche Erkenntnis, dass bei der Euro-Einführung das Pferd verkehrt herum aufgezäumt worden ist. Der Versuch, einem Großraum wie der amorphen Eurozone eine Gemeinschaftswährung ohne einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik aufzuzwingen, ist historisch einzigartig.

Klare Ansage

Der amerikanische Ökonom Nouriel Roubini sieht Deutschland in der Verantwortung für die Rettung europäischer Pleiteländer. In einem „Spiegel“-Interview bezeichnet er es als „völlig egal“, was die EU-Länder für 2013 beschließen. Roubini weiter: „Wichtig ist, was in den nächsten drei Monaten geschieht, in Portugal, Spanien, Italien und Frankreich.“ Die pauschale Forderung, Europa müsse mehr Geld bereitstellen, um seine Währung zu verteidigen, konkretisiert der Wirtschafts-Professor in schöner Offenheit so: „Allen Lösungen ist eines gemeinsam. Letztlich wird das Geld des deutschen Steuerzahlers dazu genutzt, die Schuldenkrise in anderen Ländern zu beenden.“ Außerdem solle Deutschland „im europäischen Interesse“ seinen strengen Sparkurs aufschieben, die Binnennachfrage ankurbeln sowie seine Exportabhängigkeit und Handelsbilanzüberschüsse reduzieren. Dieses Konformitätsdenken basiert wohl auf der Doktrin, dass es den Schuldnerländern besser gehen werde, wenn man die verbliebene Konjunktur-Lokomotive einbremst. Offen bleibt allerdings die Frage, wie ein derart geschwächtes Deutschland dann trotzdem noch den Zahlmeister der Transferunion spielen soll...

Gute Prognosen

Die deutsche Wirtschaft hat 2010 mit 3,6 % so kräftig zugelegt wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Getragen wurde die für alle Konjunkturforscher überraschend schnelle Erholung aus der 2009er Rezession (BIP minus 4,7 %) vor allem durch den boomenden Export, der um 14,2 % gewachsen ist. Die Investitionen der Unternehmen stiegen um 9,4 %, der Staatskonsum um 2,2 % und der private Konsum um 0,5 %. Auch für 2011 stehen die Signale auf Grün, falls die Schulden- und Währungskrise nicht alle Prognosen durchkreuzt. Die deutsche Industrie soll – einer DIHK-Studie zufolge – in diesem Jahr um 5 % wachsen, erneut kräftig investieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Angesichts der wieder sprudelnden Steuereinnahmen erwartet der Wirtschaftsminister eine Neuverschuldung, die mit rund 2,5 % unter der EU-Schuldengrenze bleiben soll.

Szenen vor Gericht

Die Regeln eines Rechtsstaats muten mitunter skurril an, wenn sie vorsätzlich missbraucht werden. Ein besonders exotisches Beispiel lieferte kürzlich ein Prozess am Landgericht Hamburg, vor dem sich 10 somalische Piraten wegen des Überfalls auf das deutsche Containerschiff „Taipan“ zu verantworten haben. Ein Spezialkommando der niederländischen Fregatte „Tromp“ hatte die Somalier im April 2010 „auf frischer Tat“ überwältigt und an die deutschen Behörden überstellt. Einer der Piraten, offenbar „schlau“ beraten durch seinen Anwalt, zog vor Gericht alle Register. Zunächst behauptete er, erst 13 Jahre alt, also nicht strafmündig zu sein. Als diese Behauptung gutachterlich widerlegt war, stellte er einen Antrag auf Asyl, weil er in seinem Heimatland politisch verfolgt werde. Dass deutsche Strafverteidiger bei solch eklatantem Rechtsmissbrauch mitwirken, wirft Fragen auf. Am Rande: Im Jahr 2010 haben somalische Piraten 445 Angriffe verübt, 53 Schiffe entführt, 1.181 Besatzungsmitglieder verschleppt und acht Seeleute getötet. Über die in Millionenhöhe erpressten Lösegelder liegen keine offiziellen Informationen vor. Die bei manchen Gutmenschen erkennbare, klammheimliche Sympathie für die angeblich aus purer Not handelnden Verbrechersyndikate zeugt von mehr als nur geistiger Verwirrung.

Ausgabe März 2011

SOS

Heimlich, still und leise ist die Bundesregierung dabei, die Bürgschaften für den Euro-Krisenfonds zulasten der deutschen Steuerzahler deutlich zu erhöhen. Bisher stehen an dieser Stelle 120 Mrd. Euro im Feuer. Falls – wie von einigen Eurokraten angestrebt – vor allem die EU-Länder mit Triple-A-Rating die Hauptlast tragen, würde der deutsche Anteil auf etwa 250 Mrd. Euro steigen. Nur zum Vergleich: Die deutschen Kommunen funken SOS, weil sie 2010 ein Defizit von knapp 10 Mrd. Euro eingefahren haben. Die FAZ kommentiert: „Grob gerechnet würde die anstehende Größenordnung etwa zwei Drittel des Bundeshaushalts ausmachen. Noch vor einem Jahr wäre es unvorstellbar gewesen, dass Deutschland überhaupt für angeschlagenen EU-Länder bürgt.“ Inzwischen scheint nichts mehr unmöglich.

„EU-Gießkanne“

Die Bundesregierung verfolgt zunehmend eine Informationspolitik der vernebelten Tatsachen und rationierten Wahrheiten. Das Strickmuster wiederholt sich: Immer

neue Forderungen der EU nach immer weitergehenden deutschen Finanzleistungen werden zunächst in Berlin deutlich abgelehnt, dann aber nach einigen Wochen mit neuen Etiketten versehen und schließlich in Brüssel dezent durchgewunken. Offensichtlich versucht man alles, um die ganze Risiko-Dimension für die Bürger nicht erkennbar werden zu lassen. Und auch die Oppositionsparteien wirken erstaunlicherweise mit bei dieser unredlichen Politik des Tarnens und Täuschens. Nur im trauten Kreis bezeichnen kritische Politiker den Rettungsschirm inzwischen als „deutsche EU-Gießkanne“.

Nagelprobe

Ein bemerkenswertes Rechtsgutachten hat kürzlich der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags vorgelegt. Danach müssen die Abgeordneten der Einführung des sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Die schwarz-gelbe Regierung wäre folglich auf die Unterstützung der Opposition angewiesen. Das Gutachten verweist darauf, dass ein dauerhafter EU-Rettungsschirm das Budgetrecht des Parlaments und damit einen „Kernbereich demokratischen Lebens“ tangiere. Dadurch könne die Entscheidungsfreiheit künftiger Gesetzgeber beschränkt werden.

Geleitzug

Die deutschen Verbraucherpreise sind im Januar 2011 – im Vergleich zum Vorjahresmonat – um 2,0 % gestiegen. Preistreiber waren insbesondere die Energiekosten mit einem Anstieg um 8,6 %. Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut rechnet mit einer weiteren Zunahme der Inflationsrate, die schon im nächsten Jahr die 4%-Marke überschreiten werde. In der EU-Zone stiegen die Preise im Januar sogar um 2,4 %. Trotz der unverkennbaren Zeichen an der Wand sieht die EZB als Hüterin der Preisstabilität derzeit offenbar noch keinen Handlungsbedarf. Hauptsorge ist, dass eine Zinserhöhung die schwache Konjunkturerwicklung in Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zusätzlich belasten würde. Auch hier zeigt sich der zentrale Konstruktionsfehler des Euro: Das Geleitzugsprinzip zwingt zu statistischen Durchschnittskonditionen, die der unterschiedlichen Lage der einzelnen Ländern nicht gerecht werden.

Nach Gutsherrenart

Das Rechtsbewusstsein hängt stark von einer überzeugenden Rechtsprechung ab. Exotische Ausreißer sorgen naturgemäß für Verunsicherung. In einem Internet-Forum berichtet ein Teilnehmer über folgenden Fall: „Das Landgericht Bremen betreibt seit einiger Zeit im Bereich geschlossener Fonds eine unter Juristen höchst umstrittene Gebührenschilderei. Der Streitwert wird nicht mehr in maximaler Höhe der nominalen KG-Beteiligung festgelegt, sondern das Landgericht hat sich in eigentlich unzulässiger Anwendung des § 247 AktG einen beliebigen Spielraum für willkürliche Streitwert-Festsetzungen eröffnet. Als Einfallstor nutzen die Richter das Interesse des jeweiligen Fonds am Vollzug seiner Beschlüsse. Das hat in einem Fall dazu geführt, dass sich ein Kommanditist, der lediglich einen nominalen Anteil von 15.000 Euro hält, einer Streitwertfestsetzung in Höhe von 500.000 Euro gegenüber sah. Erst nach Widerspruch wurde der Streitwert auf immer noch völlig überhöhte 100.000 Euro mit entsprechenden Konsequenzen für absurd überzogene Gerichts- und Anwaltskosten festgesetzt. Letztlich untergräbt diese Praxis den Anlegerschutz.“

EZB-Cheffe

Axel Weber hat seinen Rückzug von der Kandidatur als neuer EZB-Präsident damit begründet, dass seine Stabilitätspolitik bei den meisten EU-Ländern keine Akzeptanz gefunden habe. Dazu bringt ein Satiriker als „Silvio Berlusconi“ die italienische Sicht der Dinge so auf den Punkt: „In jedem Fall muss ein Italiener neuer EZB-Cheffe werden. Wir hatten schließlich in den 49 Nachkriegs-Regierungen genügend Gelegenheit, die Grundregeln stabiler Finanzpolitik zu studieren und zu umgehen. Besser wäre vielleicht, dass ich die EZB kaufe. Die zahl ich doch aus der Portokasse. Wer weiß, wofür man den Laden mal brauchen kann. Wenn der schlappe Euro endlich in der Mülltonne der Geschichte verschwunden ist, werde ich vielleicht eine eigene Währung machen. Silvio statt Euro, das klingt sowieso besser. Ich habe ein paar Entwürfe für die neuen Blechmünzen machen lassen mit meinem aktuellen Konterfei nach dem 23. Lifting. Sieht gut aus und kommt prima an bei meiner weiblichen Kernzielgruppe unter 18.“

Ausgabe April 2011

„Alles verändert“

Die dramatische Verkettung der Katastrophen in Japan wird die Welt nachhaltig verändern. Der „Spiegel“ kündigt „Das Ende des Atomzeitalters“ an. Doch der Geist ist aus der Flasche. Weltweit gibt es derzeit 442 Atomkraftwerke, 62 weitere sind im Bau und 287 in Planung bzw. Vorbereitung. Selbst wenn Deutschland kurzfristig aus der Nutzung der Kernkraft aussteigen würde, bleibt die Tatsache, dass selbst dann allein im übrigen Europa immer noch 179 Atomkraftwerke am Netz sind. Das Nachbarland Frankreich bezieht fast 80 % des Stroms aus seinen 59 Reaktoren. Die Abkehr der Energieversorgung von der Kernkraft wird Jahrzehnte dauern und äußerst kostenintensiv sein. Von Albert Einstein stammt folgende düstere Prognose: „Die entfesselte Gewalt des Atoms hat alles verändert, nur unsere Denkweise nicht. Und so gleiten wir auf eine Katastrophe zu, die die Welt noch nicht gesehen hat.“

Neue Dimension

Die aktuellen Auswirkungen des japanischen Desasters auf die Weltwirtschaft sind nicht absehbar. Völlig offen ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Kolumne die Dimension des nuklearen Fallouts auf die Bevölkerung. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt liegt derzeit am Boden. Erste Schätzungen beziffern die bisherigen Katastrophenschäden auf umgerechnet 130 Mrd. Euro. Die Infrastruktur im Norden des Landes, wo vor allem die Werke der Automobilindustrie stehen, ist weitgehend zerstört. Priorität hat jetzt die Sicherung der Energieversorgung. Die enormen Kosten für den Wiederaufbau werden das mit 200 % des BIP hoch verschuldete Land an die Grenzen der Belastbarkeit bringen. Im ersten Schritt hat die japanische Nationalbank über 200 Mrd. Euro in den Markt gepumpt, um den Zusammenbruch zu verhindern.

„Pakt für den Euro“

Während die Welt paralyisiert das dramatische Geschehen in Japan verfolgte, haben die Regierungschefs der 17 Euro-Staaten die Basiskonstruktion der Währungsunion nachhaltig verändert. Beschlossen wurde eine Ausweitung der Kreditkapazität des EU-Rettungsschirms (EFSF) von bisher 250 auf 440 Mrd. Euro. Dadurch dürften sich für Deutschland die Kreditgarantien mehr als verdoppeln auf bis zu 250 Mrd.

Euro. Der dauerhafte Rettungsfonds (ESM) soll ab Mai 2013 bis zu 500 Mrd. Euro ausleihen können, woraus eine zusätzliche Neuverschuldung der Bundesrepublik in Höhe von etwa 25 Mrd. Euro resultieren dürfte. Außerdem soll der ESM – entgegen allen Bekundungen der Bundesregierung – direkt Staatsanleihen von Schuldenländern ankaufen. Damit sind nach Ansicht kritischer Beobachter die Weichen zur Transferunion und zur Festschreibung Deutschlands als Zahlmeister der EU gestellt.

„Wertloses Versprechen“

Die Informationspolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Euro-Stabilisierung beruht auf Tarnen und Täuschen. Um die bereits hochgradig beunruhigte Bevölkerung nicht weiter zu verunsichern, wird mit rabulistischen Tricks und rhetorischen Verwirrungen gearbeitet. So sprach die Bundeskanzlerin in Brüssel nicht von einer Ausweitung des Rettungsschirms, sondern von einer „Ertüchtigung“. Gleichzeitig versuchte sie, die Brüsseler Beschlüsse vom 11. Februar 2011 als Erfolg der deutschen Politik zu verkaufen. Die „Wirtschaftswoche“ merkt an: „Hinters Licht wird das deutsche Publikum auch geführt, wenn Merkel vorgibt, dass sie mit dem großspurig benannten ‚Pakt für den Euro‘ deutsche Interessen gerettet hätte. Der Pakt ist ein wertloses Versprechen. Denn keinem Land drohen Sanktionen, wenn es die darin enthaltenen – ohnehin sehr vagen – Vorgaben nicht erfüllt“.

„Schuldenunion“

Auch der Finanzminister hat versucht, die Ergebnisse des Euro-Gipfels mit der ihm eigenen Dialektik als Fortschritt dazustellen. Motiv dürfte nicht nur die Beschwichtigung der Wähler, sondern auch die Sicherung einer parlamentarischen Mehrheit sein. Doch der von einigen Abgeordneten angekündigte Widerstand dürfte dem Fraktionsdruck kaum standhalten. Kurz vor dem Euro-Gipfel hatten die Präsidenten der Wirtschaftsverbände BDI, BDA, ZDH und DIHK in einer gemeinsamen Erklärung vor einer Schuldenunion „durch die Hintertür“ gewarnt. Und schon Ende Februar hatten sich 189 Volkswirtschaftsprofessoren in einer beispiellosen Aktion gegen die Ausdehnung des Rettungsschirms und einen dauerhaften Rettungsmechanismus ausgesprochen. Auch dieser Aufruf ist offenbar bei der Bundesregierung nicht angekommen.

Die Folgen des Handelns

Die Zahlen der Verschuldung haben mittlerweile atemberaubende Dimensionen angenommen. So ganz nebenbei wurde bekannt, dass bei der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Finanzkrise Forderungen in Höhe von 325,5 Mrd. Euro gegenüber dem Euro-System aufgebaut worden sind, für die letztlich auch der deutsche Steuerzahler zumindest teilweise haftet. Die Schulden der öffentlichen Haushalte sind im Jahr 2010 – um mehr als 300 Mrd. Euro – auf einen neuen Rekord von fast zwei Billionen Euro explodiert. Und die Kredite der deutschen Banken an die vier Krisenländer Griechenland, Irland, Spanien und Portugal haben sich 2010 um 11 % auf 569 Mrd. US-Dollar erhöht. Wenn die Bundesregierung trotz dieser Horrorzahlen zusätzliche, dauerhafte Zahlungsverpflichtungen für Deutschland einget, drängt sich der Eindruck auf, dass ihr der Überblick über die Folgen ihres Handelns abhanden gekommen ist.

Dominoeffekte

Der beschleunigte Marsch der Bundesregierung in die Euro-Transfer- und -Schulden-Union setzt sich fort. Die bisherigen Rettungsmaßnahmen für Griechenland und Irland haben die Politiker nur Zeit gewinnen lassen. In Griechenland wird es schon bald zur Umschuldung kommen, was – wie die „Welt“ kommentiert – einem Wortbruch Merkels gleich käme. In Irland konnte bisher nur durch die Bereitstellung neuer Gelder der Zusammenbruch der Banken verhindert werden. Nach langer Taktiererei flüchtet nun auch Portugal unter den Rettungsschirm. Das erforderliche EU-Hilfspaket wird – zunächst – bis zu 90 Mrd. Euro schwer sein. Und der IWF sieht mittlerweile wegen des „hohen Refinanzierungsrisikos“ auch Belgien als gefährdet an. Vor diesem Hintergrund warnt die Wirtschaftswoche Weder di Mauro vor der „Ansteckung relativ solider Länder durch Dominoeffekte“.

„Über die Verhältnisse“

Durch das (vorerst) letzte Euro-Rettungspaket summieren sich die Kredite und Haftungsverpflichtungen für Deutschland schon jetzt auf über 300 Mrd. Euro. Nimmt man die ominösen Bundesbank-Forderungen von 325 Mrd. gegenüber dem Euro-System und die allein den PIGS-Ländern von deutschen Banken gewährten Kredite von über 400 Mrd. hinzu, so stünden im Falle eines Crashes über 1 Billion deutsche Euro im Feuer. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2011 beträgt – inklusive eines Plandefizits von fast 49 Mrd. – 305,8 Mrd. Euro. Und die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden beläuft sich schon jetzt auf 2 Billionen Euro. Hans Werner Sinn, Chef des ifo-Instituts, warnt: „Je mehr Geld fließt, desto länger leben die überschuldeten Länder über ihre Verhältnisse, desto mehr ist verloren. Gutes Geld dem schlechten hinterher zu werfen, war noch nie eine besonders gute Idee. Die Politiker setzen mit dieser Politik unsere Rente aufs Spiel.“

Realitätsverweigerung

Die Beratungsresistenz der Bundesregierung ist mittlerweile erschreckend. So hat die historisch beispiellose Warnung von 189 deutschen Volkswirtschaftsprofessoren vor einer Ausweitung des Euro-Rettungsschirms und einem dauerhaften Rettungsmechanismus ebenso wenig gefruchtet wie der öffentliche Gemeinschaftsappell der Wirtschaftsverbände BDI, BDA, ZDH und DIHK an die Bundesregierung, keine Schuldenunion „durch die Hintertür“ einzuführen. Auch der wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums hat das jüngste Rettungspaket als „besorgniserregend“ kritisiert. Zu befürchten sei, dass die Beschlüsse Deutschland und andere Geberländer überfordere. Der Rettungsschirm nehme Staaten mit maroden Finanzen den Anreiz, aus eigener Kraft Schulden- und Finanzkrisen vorzubeugen. Letztlich verfestige der Rettungsschirm die „Fehlsteuerung in der Finanzpolitik und auf den Kapitalmärkten“. Die Bundesregierung hat sich offenbar selbst im Elfenbeinturm der europäischen Realitätsverweigerung eingemauert.

Schockstarre

Das deutsche Parlament scheint beim Euro in eine paralysierte Schockstarre verfallen zu sein. Die willfährige Neigung des Bundestags, immer neue milliardenschwere Zugeständnisse Merkels zulasten der deutschen Steuerzahler unter Zeitdruck abzunicken, geht nicht nur an die Wurzel der Gewaltenteilung, sondern führt auch in die Mitverantwortung für einen historisch beispiellosen

Ausverkauf deutscher Interessen.

Gebrüder Grimm(ig)

Ein belgischer Banker hat es kürzlich so ausgedrückt: „Europa ist, wenn Deutschland bezahlt und alle anderen profitieren.“ In einem Blog fassen die „Gebrüder Grimmig“ das aktuelle Geschehen in einem modernen Märchen zusammen: „Es war einmal eine Bundesregierung, die werkelte so fröhlich vor sich hin. Hinter den sieben Bergen hausten 16 Zwerge, die im Vertrauen auf die reiche deutsche Tante seit Jahren kräftig über ihre Verhältnisse lebten. Dadurch wurde der Schlendrian bei den 16 Zwergen größer und größer. Und plötzlich hatten sie beim gewohnten Einkauf auf Pump keinen Kredit mehr: erst Aristos, dann Sean, dann Jose, dann Pablo, dann Silvio und zum Schluss auch Nicholas. Da rannten sie wieder zur reichen deutschen Tante und sagten: Du musst uns helfen, alles andere wäre unsolidarisch und verstieße gegen die guten alten Regeln zur Stabilisierung des Schlendrians. Erst wollte die gute Tante nicht so richtig, weil sie erkannt hatte, dass ihr Volk keine Lust mehr hatte, selbst an allen Ecken zu sparen, damit die Zwerge sorglos vor sich hinträllern konnten. Sie tat also so, als würde sie sich beraten. Da gab es 189 Volkswirtschaftsprofessoren, die dringend abrieten, weil sie wussten, dass das Land bald selbst dringend den verliehenen Schirm brauchen würde. Aber da gab es auch einen besonders raffinierten Zwerg namens Flunker, der ein Meister darin war, Schwarz als Weiß zu verkaufen. Der sagte der (früher mal) reichen deutschen Tante, wenn sie nicht die gewünschten Milliarden rüberwachsen ließe, dann hätte sie der Zwergenclub nicht mehr lieb. Da stellte die ehemals reiche Tante einen Blankoscheck aus, auf dass sie die Liebe der Zwerge nicht verlöre. Ihrem Volk sagte sie, all das sei alternativlos, weil Deutschland mehr als alle anderen von der Gemeinschaft mit den Zwergen profitiere. Außerdem sei der Euro als Esperantowährung eine Frage von Krieg oder Frieden. Das hat das deutsche Volk dann eingesehen und gedacht, die gute alte Tante werde es schon richten. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann richtet sie es immer noch...“

Ausgabe Juni 2011

Enteignung

In einem bemerkenswerten Klartext-Kommentar bezieht der „Focus“ Stellung zur Schuldenkrise: „Dass Griechenland und Portugal (und andere mehr) viele Jahre dramatisch über ihre Verhältnisse lebten, ist eigenartig. Dass sie mit immer neuen Milliarden aus Deutschland subventioniert werden, ist zusehends ärgerlich. Dass sie dabei dubioses Finanzgebaren pflegen, ist unerträglich. Aber dass die Unsoliden am Ende mit Dauer-Milliarden gerettet werden wollen, immer noch nicht richtig sparen und Deutschland obendrein beschimpfen – das ist ein Skandal. Was uns die Politik als ‚Stabilitätspakt‘ verkauft, ist in Wahrheit ein Enteignungsprogramm für Nordeuropa. In Frankreich wird darüber inzwischen gelacht; der Pakt sei wie ‚Versailles, nur ohne Krieg: Deutschland zahlt!‘ Tatsächlich wandelt sich Europa zu einer Transferunion gewaltiger Dimension. Man kann auch wahrer Europäer sein, um den Stabilitätspakt als Bären dienst an der europäischen Idee zu durchschauen.“

Haircut

Die Lage in den EU-Schuldenländern Griechenland, Irland und Portugal spitzt sich trotz der gigantischen Hilfsprogramme weiter zu. Vor allem Griechenland entpuppt

sich als Milliardengrab. Obwohl die Hellenen faktisch insolvent sind, sollen weitere 60 Milliarden bereit gestellt werden. Die explodierenden Zinslasten lassen dem Land allerdings keine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Erholung. Die einzig reale Chance, den Teufelskreis zu durchbrechen, besteht in einem Schuldenschnitt, dem Austritt aus dem Euro und der Wiedereinführung der Drachme. Auch für Irland und Portugal wird es letztlich keine Alternative geben. Je schneller dies geschieht, desto besser für alle Beteiligte. Die „Wirtschaftswoche“ bezeichnet den Haircut als einzig vernünftige Lösung: „Ein Forderungsverzicht der Gläubiger würde nicht nur die Marktdisziplin stärken und den Krisenländern einen Neustart ermöglichen – er würde auch der Euro-Zone das Schicksal einer Transferunion ersparen.“

„Super-GAU“

Zu den Kosten, mit denen die Gemeinschaftswährung die Deutschen bisher belastet hat, gibt es keine offiziellen Angaben. Ganz im Gegenteil wird regierungsamtlich getarnt und genebelt, um die Wähler nicht noch weiter zu verunsichern. Umso bemerkenswerter ist eine Schadensbilanz, die der frühere Thyssen-Chef Dieter Spethmann jetzt unter der Überschrift „Der verheimlichte Super-GAU“ veröffentlicht hat. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass sich die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Gemeinschaftswährung für Deutschland auf über 2,5 Billionen Euro belaufen. Und er fordert die Bundesregierung zur Realpolitik mit folgenden Prioritäten auf: 1. Wir müssen darauf bestehen, wieder zu unseren natürlichen Standortkosten Wettbewerb betreiben zu können. Wenn wir modernere Arbeitsplätze haben als andere, müssen wir die damit verbundenen niedrigeren Kosten an den Markt bringen können. 2. Wir müssen aufhören, durch überhöhte Bankzinsen anderen Euro-Staaten die Zinsen zu subventionieren. 3. Wir müssen unsere im Außenhandel erzielten Überschüsse wieder für uns behalten dürfen. 4. Mit den „Rettungsschirmen“ muss Schluss sein. Sie bewirken bei den betroffenen Volkswirtschaften, die allesamt durch den für sie überhöhten Außenkurs des Euro partiell wettbewerbsunfähig geworden sind, keine Besserung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern schonen nur fremde Gläubiger fremder Staaten. Deutschland muss zum Vor-Euro-Status des „Europäischen Währungssystems“ zurückkehren und eine Revision der EU fordern. Für den deutschen Bürger liegt die ultimative Verantwortung beim gewählten Bundestag, und dieser muss aufhören sich ihr zu entziehen.

Alibi-Politik

Das Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute verweist schon mit dem Titel „Aufschwung setzt sich fort – europäische Schuldenkrise noch ungelöst“ auf die Gesamtproblematik, die wie ein Damokles-Schwert über Deutschland und Europa schwebt. Da der neue EU-Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen keinen Mechanismus vorsehe, der die Regierungen zwingt, die Ziele auch zu verwirklichen, sei „nicht zu erwarten, dass von dem Euro-Plus-Pakt tatsächlich wirtschaftspolitische Impulse ausgehen“. Die Institute ermahnen die Bundesregierung daher, alles zu tun, um den ESM nachträglich zu ändern. Dieser müsse eine Regel zur Insolvenz von Staaten vorsehen, die mit einem Forderungsverzicht der Gläubiger verbunden ist. Andernfalls drohten Deutschland „enorme finanzielle Risiken“.

Verfassungsfrage

Die Hilfen für das angeschlagene Euro-Mitglied Portugal werden zu einem Fall für das Bundesverfassungsgericht. Der Berliner Finanzwissenschaftler Markus Kerber will im Wege einer einstweiligen Anordnung erreichen, dass die Verfassungsrichter der Bundesregierung verbieten, in der Europäischen Union den Hilfen für Portugal zuzustimmen. Könnte sich das Gericht dazu nicht durchringen, dann bestehe die Gefahr, „dass nach der Inanspruchnahme des ‚Euro-Stabilitätsmechanismus‘ durch die Republik Irland und dem Antrag der Portugiesischen Republik alsbald auch mit einem entsprechenden Antrag seitens der spanischen, belgischen oder gar italienischen Regierung zu rechnen ist“, heißt es in einem 37-seitigen Schriftsatz Kerbers. Der Professor hatte schon im vergangenen Jahr mit etwa 50 Unterstützern Verfassungsbeschwerde gegen den Euro-Rettungsschirm eingelegt.

Ausgabe Juli 2011

„Konkursverschleppung“

Alles spricht derzeit dafür, dass die Bundesregierung fest entschlossen ist, mit neuen Milliarden-Hilfen für die EU-Pleiteländer weiter durch die Schuldenkrise zu lavieren. Die strategische Dimension scheint sich auf Vertagung, Zeitgewinn und Gesichtswahrung zu beschränken. Die FAZ kommentiert: „Die derzeitige Diskussion in der Euro-Gruppe ist von der Angst vor der griechischen Staatspleite geprägt, die offenbar um jeden Preis zu vermeiden ist. Gefragt wird ausschließlich nach der kurzfristig am besten funktionierenden Methode, die Löcher zu stopfen, nicht nach deren mittel- oder gar langfristigen Konsequenzen. Dass Athen zu den schon gewährten 110 Milliarden Euro weiteres Geld erhält, bedeutet nicht nur europäisch sanktionierte Konkursverschleppung. Es bedeutet auch, dass die Ratio der neuen europäischen ‚Krisenmechanismen‘ – Hilfskredite ja, aber nur gegen harte Reformen – schon gescheitert ist, bevor der endgültige ‚Rettungsschirm‘ überhaupt in Kraft ist.“

„Das Ende des Euro“

Die Dinge beim Namen nennt der französische Top-Ökonom Christian Saint-Etienne in seinem neuen Buch „Das Ende des Euro“. Zu befürchten sei, dass man unbegrenzt mit Krisen- und Rettungsplänen weitermache, was dazu führen werde, dass letztlich auch Spanien, Italien und womöglich sogar Frankreich fallen würden. Nur Deutschland könne die Defizitländer retten, was der Bevölkerung aber nicht mehr lange zu vermitteln sei. Daher wachse die Wahrscheinlichkeit, dass die Bundesrepublik aus der Euro-Zone austreten werde. Damit sei die Aufwertung einer neuen deutschen Währung um 15 % verbunden, die das exportstarke Land aber verkraften werde.

Deutsche Schuldenquote

Die Defizitquote in Deutschland ist geschönt, weil milliardenschwere staatliche Rettungsaktionen im Verlauf der Finanzkrise dort nicht erfasst werden. Zu diesem Schluss kommt das ifo-Institut. Rechnet man diese Kosten mit ein, habe das deutsche Defizit 2010 bei 12,8 % gelegen. Offiziell lag es 2010 bei 3,3 % des Bruttoninlandsprodukts (BIP). Laut ifo sind im offiziellen Budgetdefizit des Staates die deutschen Bad Banks, insbesondere die FMS Wertmanagement (HRE) und die Erste Abwicklungsbank (WestLB) nicht berücksichtigt, obwohl sie zum Staat gehören: „Die beiden Bad Banks haben 2010 einen Schuldenzuwachs von 232 Milliarden Euro oder 9,3 % vom BIP verursacht. Es gab zudem noch eine Reihe

anderer Maßnahmen zur Rettung der deutschen Banken, die die Staatsschuld erhöhten“. Auch der Luxemburger Rettungsfonds ESM, für den 7,5 % des BIP zu veranschlagen seien, wurde nicht in die Defizitquote einbezogen: „Es ist irritierend, dass Schuldenzuwächse nicht in den Budgetdefiziten auftauchen, sondern nur in der Statistik der Schuldenbestände. Offenkundig verschleiert die Methode, nach der in Europa die Budgetdefizite berechnet werden, einen Teil der Ursachen für steigende Schuldenstände.“

„Casino-Politik“

Die gewaltige Problem-Dimension der Euro-Krise scheint sich allmählich zumindest einigen Bundestagsabgeordneten zu erschließen. Damit trägt man auch der Tatsache Rechnung, dass mittlerweile schon 58 % der Bundesbürger dem Euro misstrauen. FDP-Urgestein Burkhard Hirsch warnte vor einer Fortsetzung der „Casino-Politik“. Sein Parteifreund Schäffler sprach sich gegen einen permanenten Rettungsschirm und für den Euro-Austritt von Ländern wie Griechenland aus. Auf dem blau-gelben Parteitag stimmte allerdings nur ein Drittel der Delegierten für eine Euro-kritische Politik. Die Mehrheit folgte Westerwelle, der in der ihm eigenen ökonomischen Kompetenz – im Stil der tibetischen Gebetsmühle – zu beruhigen versuchte: „Es werden keine Schulden anderer Länder übernommen, sondern Kredite gegen Zinsen gewährt.“ Die „Wirtschaftswoche“ kommentiert: „Der Marsch in die europäische Transferunion geht damit ungehindert weiter. Die Rechnung wird schon in einigen Monaten präsentiert.“

Fatale Entwicklung

Trotz der alarmierenden Zuspitzung der Schuldenkrise in Europa bestimmt weiterhin eine fatale Mixtur von Wunschdenken, Blauäugigkeit und Verkennung der volkswirtschaftlichen Realitäten die Verlautbarungen der Parteien und die Berichterstattung vieler Medien. Merkels ständig wiederholtes Mantra, immer neue faule EU-Kompromisse seien „alternativlos“, hängt wie Mehltau über dem Land. Dass der gegenwärtige Neuverschuldungswahn dazu beitragen dürfte, die europäische Idee über Generationen hinweg nachhaltig zu beschädigen, wird verdrängt. Merkel hat apodiktisch behauptet: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Aus heutiger Sicht deutet fast alles darauf hin, dass Europa wegen des Euro scheitern wird. Besonders beliebt ist derzeit, Kritiker der deutschen Blanko-Scheck-Politik in die rechtspopulistische Ecke zu drängen und überfällige Grundsatzdiskussionen zu tabuisieren. Der „Spiegel“ schreibt: „Um als Rechter zu gelten, reicht es schon, dass man Zweifel an den Milliardentransfers in den EU-Süden hat. Dann ist man Europaskeptiker – und damit ganz nahe am Verfassungsfeind.“ Und der „Focus“ meint: „Deutschlands Führungskaste hat die Kritiker ihrer konfusen Euro-Stabilisierungspolitik so geschickt mit dem Igit-Faktor angeblich rückständiger Anti-Europäer überzogen, dass diese kaum Zulauf bekommen. Nicht einmal die Entscheider im Bundestag verstehen wirklich, was sie da abnicken. Eine fatale Entwicklung.“

Ausgabe August 2011

Euromantiker

Die Schuldenkrise entwickelt eine fatale Eigendynamik. Die Abstände zwischen den Euro-Rettungsaktionen werden immer kürzer, die bereitgestellten Finanz-Volumina

immer gewaltiger. Spätestens wenn Italien notleidend wird, gerät die Lage außer Kontrolle. Ein Beobachter bringt die prekäre Zuspitzung so auf den Punkt: „Dass sich auch Spanien und Italien in gefährlicher Schiefelage befinden, ist doch seit Monaten allgemein bekannt. Ebenso klar ist, dass sich die Zahl der Geberländer allmählich auf Deutschland reduziert, soweit die (deutschen) Füße noch tragen. Gleichwohl feiern unsere Euromantiker als wäre nichts geschehen, fröhlich weiter im Ballsaal der Titanic. Und das Schiff läuft mit immer höherer Geschwindigkeit Richtung Eisberg. Herr Flunker lässt uns als Passagiere wissen, dass der Euro ebenso stabil sei wie die Titanic unsinkbar. Schäuble murmelt in geistiger Entrücktheit, dass Deutschland doch so ungeheuer vom Euro profitiere. Und Merkel sieht ihre Hauptaufgabe darin, dass die Titanic-Kapelle weiter spielen möge zur allgemeinen Erbauung und Beruhigung der Passagiere. Im kleinen Kreis wiederholt sie gebetsmühlenartig ihr Mantra, eigentlich sei doch alles alternativlos gewesen. Und zur Sicherheit gibt sie den Befehl, alle Rating-Agenturen, die vor Eisbergen gewarnt haben, über Bord zu werfen. Außerdem sei gar nicht sicher, ob Eisberge nicht eine üble Erfindung der Meteorologen seien. Die Kollegen aus Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich sind längst in die von Deutschland bezahlten Rettungsboote gestiegen mit der Begründung, dass ihnen die Titanic ja eigentlich nicht gehöre. Außerdem wolle man beim Untergang nicht in gefährliche Strudel geraten. Frau Merkel steht mit dem Rücken zur Fahrtrichtung und dirigiert die Bordkapelle. Schäuble murmelt weiter, dass Deutschland doch am meisten vom Euro profitiere. Und Flunker ruft, es gebe gar keine Euro-Krise. Und wenn doch, sei das nur von den Medien aufgebauscht. Jedenfalls bestehe keine Gefahr für das Schiff. Für Kursänderungen und die Herabsetzung der Geschwindigkeit gebe es also keinen Anlass. Und so rauscht die Titanic weiter mit Volldampf durch die dunkle Nacht mit Kurs auf die größten Eisberge, die es laut Frau Merkel ja eigentlich gar nicht geben dürfte ...“

Nothaushalte

Die hoch verschuldeten Bundesländer Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und Saarland müssen sich einem Sanierungsprogramm stellen. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern stellte kürzlich in allen vier Ländern eine drohende Haushaltsnotlage fest. Finanzielle Folgen hat der Beschluss nicht. Auch drohen den finanzschwachen Ländern bei Verstößen keine Sanktionen. Allerdings stehen die vier Länder bereits durch die Schuldenbremse unter enormem Druck: Bis 2020 sollen alle Länder so weit sein, dass sie ihre Landeshaushalte im Normalfall ohne neue Schulden aufstellen können. Die vier Bundesländer sowie Sachsen-Anhalt bekommen bereits Sonderhilfen von insgesamt 800 Millionen Euro im Jahr, um die Vorgabe einhalten zu können. Angesichts dieser Erfahrungen den deutschen Länderfinanzausgleich als Transferunion auf ganz Europa übertragen zu wollen, ist nur noch mit einer fortgeschrittenen Lust am Untergang zu erklären. Dass trotz aller Konjunktur-Euphorie in Deutschland nicht Milch und Honig fließen, belegt auch eine aktuelle Mitteilung des Städte- und Gemeindebunds NRW. Danach wird die Zahl der kreisangehörigen Kommunen mit Nothaushalt 2011 von 107 auf 118 steigen. Nur noch 25 der 359 Mitgliedskommunen im größten Bundesland können einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Ganz mechanisch

„Die Euro-Rettungsschirme gefährden die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Sie stehen am Beginn einer langen Kette von Rettungsschirmen und Hilfen, die Deutschland den Krisenländern wird geben müssen. Der Staat kann sein

Geld nur einmal ausgeben. Was nach Griechenland und Portugal fließt, um dort den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, geht zu Lasten des Lebensstandards der Deutschen. Die deutschen Rentner werden zu den ersten Opfern der Rettungspakete gehören“. Mit diesen Worten hat ifo-Chef Sinn auf die bedrohlichen Auswirkungen des Schulden-Mechanismus für Deutschland hingewiesen.

„Kollektiver Rechtsbruch“

Während die Chefs der großen DAX-Konzerne in ganzseitigen Zeitungsanzeigen die permanente Euro-Rettung regierungskonform als unverzichtbar bezeichnet haben, hat sich der Verband der Familienunternehmen der Euro-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angeschlossen. Die Kläger werfen der Bundesregierung schwere Rechtsbrüche vor. Mit den Rettungspaketen und -schirmen seien Fundamentalnormen der europäischen Währungsverfassung verletzt worden. Gemeint sind das Bail-out-Verbot, nach dem die EU-Staaten nicht wechselseitig für ihre Schulden aufkommen dürfen, und das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB. Und der FDP-Bundestagsabgeordnete Schäffler kommentierte: „Die Staats- und Regierungschefs und die EU-Kommission haben im Rahmen eines kollektiven Rechtsbruchs die Nichtbeistandsklausel außer Kraft gesetzt. Und die EZB hat die Monetarisierung der Staatsschulden durch den Ankauf von Schrottanleihen eingeleitet. Ich hoffe, das Gericht handelt nicht nach dem Motto: Not bricht jedes Gebot“. Mit einem Urteil wird erst im Herbst gerechnet. Fatal wäre, wenn der Bundestag schon vorab dem neuen ESM zustimmen würde.

Ausgabe September 2011

1,5 Billionen Euro

Der durch die Bundesregierung hoch gelobte EU-Krisengipfel vom 21. Juli 2011, auf dem weitere 110 Mrd. Euro zur Rettung Griechenlands beschlossen worden sind, erweist sich nur zwei Wochen später als Schlag ins Wasser. Spanien und Italien geraten angesichts wachsender Konjunktursorgen immer stärker in den Strudel der Schuldenkrise. Und die Bonität Frankreichs hat sich offenbar in den letzten Monaten dramatisch verschlechtert. Vor diesem Hintergrund streuen Brüsseler Büchsenspanner bereits, dass der noch gar nicht vom Deutschen Bundestag verabschiedete Rettungsfonds EFSF auf mindestens 1,5 Billionen Euro verdoppelt werden müsse. Nicht thematisiert wird dabei die systemimmanente Logik, dass der Anteil des Generalzahlmeisters Deutschland desto größer wird, je mehr Staaten sich de facto aus dem Kreis der Geberländer verabschieden. Der FDP-Politiker Frank Schäffler hat die Absicherung der Staatsschulden Griechenlands mit primär deutscher Hilfe übrigens als „Perversion der Marktwirtschaft“ bezeichnet. Neue Euro-Turbulenzen sind nur noch eine Frage der Zeit.

Desinformation

Zu den zentralen Lebenslügen des Euro gehört die von fast allen Politikern gebetsmühlenartig wiederholte Legende, dass Deutschland als Exportnation mehr als alle anderen Länder von der Gemeinschaftswährung profitiere und daher vom Fortbestand des Euro abhängig sei. Tatsache ist, dass der Anteil des Euro-Raums an den deutschen Ausfuhren seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 von 46,4 auf 41,3 % gesunken ist. Auch das Wachstum der deutschen Wirtschaft ist durch den Euro nicht gestärkt worden. Legte das reale BIP von 2000 bis 2011 um

jahresdurchschnittlich 1,1 % zu, so lag die Wachstumsrate zwischen 1990 und 1999 mit 2,3 % mehr als doppelt so hoch.

„Kriminell“

Finanzminister Schäuble versteigt sich in einem FAZ-Interview zu der Behauptung: „Was gut für Griechenland ist, ist gut für Europa.“ Damit konstruiert er eine schicksalhafte Abhängigkeit, die der deutschen Politik keinen Ausweg mehr lassen soll. Und er erhöht die selbst geschaffene Erpressbarkeit der deutschen Regierung durch die anderen EU-Länder. Die offenbar grenzenlose Vasallentreue hat zu ritualisierten Verhaltensformen in der EU geführt. Nickt Deutschland nicht sofort willfährig neue Milliarden-Forderungen ab, wird der verbale Hammer angeblich fehlender europäischer Solidarität geschwungen. Nicolas Sarkozy hat – laut einem nicht dementierten „Welt“-Bericht – die Haltung der Bundesregierung im Griechenland-Debakel so kritisiert: „Der deutsche Egoismus ist kriminell, er verlängert die Krise.“

Reicher Onkel?

In der öffentlichen Meinung entsteht mitunter der Eindruck, als könne Deutschland aufgrund seiner aktuell hohen Wirtschaftskraft nahezu jede zusätzliche Belastung zur Rettung des Euro schultern. Übersehen wird dabei, dass die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten fünf Jahren um 555 Mrd. auf jetzt über 2 Billionen Euro explodiert ist. Seit 2008 hat Deutschland 335 Mrd. Euro aufgewendet, vor allem in Form von Garantien, aber auch von Finanzspritzen und für Bad Banks, in die Problemkredite ausgelagert sind. Gleichwohl lebt die Bundesregierung weiter fröhlich auf Pump, statt die Verschuldung zu senken. Schäubles mittelfristige Finanzplanung sieht auch für die nächsten vier Jahre erhebliche Nettokreditaufnahmen vor. Bezieht man auch die impliziten Staatsschulden ein, so ergibt sich für Deutschland eine Nachhaltigkeitslücke von fast 294 % des aktuellen BIP. In einer derartig prekären Situation den „reichen Onkel“ für die EU-Problemländer spielen zu wollen, lässt auf eine fatale Mischung von volkswirtschaftlicher Inkompetenz, politischer Naivität und latentem Größenwahn schließen.

Alles alternativlos?

Vor dem Hintergrund des aktuellen Geschehens wirft ein nachdenklicher Zeitgenosse einen wenig hoffnungsvollen Blick in die Zukunft: „Was werden wir später unseren Enkeln erzählen? Europa war mal eine tolle Idee, bis einige Romantiker auf die Idee kamen, dem Vielvölkergebilde eine virtuelle Esperanto-Währung überzustülpen. Von nun an ging's bergab. Sehr schnell degenerierte die Währungsunion entgegen ihren eigenen Regeln zur Schulden- und Transferunion mit dem Zahlmeister Deutschland. Die Bundesregierung hat diese mordsgefährliche Entwicklung nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern in ihren euromantischen Träumen sogar gefördert. Und ihre ideologische Politik jenseits des volkswirtschaftlichen Sachverstands führte im Jahr 2012 zum Zusammenbruch des Euro, nachdem zunächst Griechenland, Irland und Portugal, danach auch Spanien, Italien und Frankreich ihre immensen Staatsschulden nicht mehr tragen konnten bzw. wollten. Da die Bundesregierung nahezu grenzenlos für diesen Schuldenwahn gebürgt hatte, setzte sie zum Schluss noch mal ein großartiges Zeichen für europäische Solidarität und Loyalität: Sie rutschte nämlich zusammen mit den Pleiteländern in den Staatsbankrott und verspielte damit all das, was frühere

Generationen nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut hatten. Gegenüber der Vor-Euro-Zeit hatte sich eigentlich nicht viel geändert. Deutschland hatte wieder seine DM. Nur: Das Land war jetzt bitterarm und hatte mit sozialen Unruhen zu kämpfen. Und Frau Merkel erklärte 2013 in Neuseeland, ihrem neuen Wohnsitz, dem deutschen TV, all das sei leider völlig alternativlos gewesen.“

Ausgabe Oktober 2011

Sensible Gemengelage

Die USA haben das Triple-A-Rating verloren. Jetzt steht Frankreichs Bonität unter verschärfter Beobachtung. Hinter den Kulissen mehren sich alte und neue Finanzprobleme. Die EZB kauft weiter griechische, irische, portugiesische, spanische und italienische Staatsanleihen. Der Bundespräsident hat diese Stützungsmaßnahmen zutreffend als „rechtlich bedenklich“ bezeichnet. Die zunehmende Weigerung der Banken, sich gegenseitig Geld zu leihen, erinnert an das Lehman-Debakel. Und die Liquiditätsslage vieler Institute gilt bereits wieder als angespannt. Kurzum: Der Finanzsektor wird wieder zur Belastung der Weltwirtschaft. Der tschechische Premierminister legt offenkundig keinen allzu großen Wert mehr auf eine baldige Euro-Einführung in seinem Land: „Zurzeit wäre es falsch, einen Termin festzulegen, denn es ist unklar, woran wir uns da anschließen.“ In dieser sensiblen Gemengelage wird nicht nur von Nehmerländern und europäischen Gremien, sondern auch von der deutschen Opposition immer lauter die Einführung von Euro-Bonds gefordert. Damit wäre der point of no return überschritten. Die FAZ fragt angesichts dieses erstaunlichen Phänomens: „Ist es Ratlosigkeit oder Dummheit?“

„Reich geheiratet“

Keine Zukunft für die Währungsunion sieht der Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth. In seiner jetzigen Form werde der Euro nicht überleben. Der Wissenschaftler empfiehlt ein Ausscheiden Deutschlands und die Wiedereinführung der DM. Letztlich sei die Gemeinschaftswährung als politisches Prestigeobjekt mit massiven ökonomischen Nachteilen gescheitert. Voth weiter: „Für Südeuropäer bedeutete der Euro eigentlich immer: Endlich haben wir reich geheiratet.“ Für denkbar hält der in Barcelona lehrende Professor eine Aufspaltung in eine Rest-Euro-Zone mit Frankreich, Italien, den Mittelmeerländern und Belgien sowie in ein Deutschmark-Gebiet. Damit knüpfe man an den bewährten europäischen Wechselkursmechanismus EWS an. Die Konsequenzen aus dem Ende des Euro sieht Voth als überzeichnet an: „Nicht jede dumme volkswirtschaftliche Idee muss bis zum Ende verteidigt werden“. Europa sei unendlich mehr als die EU und der Euro.

Rückkehr zur DM

Auch Prof. Wilhelm Hankel, der bereits gegen die Einführung des Euros geklagt hatte, plädiert für einen Austritt von Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Finnland aus der Euro-Zone. Die Möglichkeit, nach Bedarf abwerten zu können, eröffne den Südländern reale Chancen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Kritisch äußert sich Hankel zu „den lauen Reaktionen der deutschen Medien“, die sich auch jetzt noch in der Euro-Frage sehr bedeckt hielten. Alle Umfragen belegten, dass über 70 % der Deutschen das Vertrauen in den Euro verloren hätten. Je länger

die Politik es versäume, die Probleme zu lösen, desto wahrscheinlicher werde „die maximale Lösung - nämlich die Rückkehr zu D-Mark.“

Glaubwürdigkeit

Den Zusammenbruch des internationalen Geldsystems schließt Konrad Hummler, Chef der ältesten Schweizer Privatbank, nicht mehr aus. Derzeit erfolge die Demaskierung eines Geldsystems, das den Pfad der Tugend längst verlassen habe. Kernproblem sei, dass die bedeutenden Notenbanken nicht mehr wirklich unabhängig, sondern zum Teil des politischen Systems geworden seien. Die Politik schiebe die Probleme auf, verschleierte sie und wälze sie ab auf ein Publikum, das sich kaum wehren könne. Die Krise sei politisch induziert worden, als man den Banken erlaubt habe, ihr Schuldenproblem auf den Staat zu verlagern, was wiederum das staatliche Überschuldungsproblem mit verursacht habe. Zugleich seien die Notenbanken auf Druck dazu übergegangen, Staatsschulden aufzukaufen. Als Lösungsansatz sieht der Bankier die Abkehr von der Praxis, Gläubiger zu schonen und die Risiken zu vergemeinschaften. Das Rettungspaket für Griechenland sei vorrangig für die Banken konzipiert. Die Sanierung müsse wieder zwischen Schuldner und Gläubigern stattfinden.

Werterhalt

Die aus der Euro-Krise resultierenden Gefahren verunsichern die Anleger. Werterhalt wird zur Maxime. Der jüngste Börsenabsturz im August unterstreicht die Fragwürdigkeit der These, dass Aktien als „Sachwerte“ krisenfest seien. Boomartig steigt die Nachfrage nach Edelmetallen und (vermeintlich) sicheren Währungen wie dem Schweizer Franken und der Norwegischen Krone. Angst ist kein guter Ratgeber. Gleichwohl mehren sich düstere Prognosen. So zitiert die FAZ namentlich nicht genannte Londoner Banker, die mit folgendem Schreckensszenario rechnen: „Erst werden die Banken unter der Last der Finanzkrise zusammenbrechen. Dann werden die Staaten die Kreditwirtschaft retten und unter der Last der Schulden wanken. Dann drohen soziale Unruhen aufgrund der fiskalpolitischen Sparprogramme. Schließlich folgen politischer Extremismus und Enteignungen.“

„Keine Gewissensfrage“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag hat kürzlich angekündigt, die Abstimmung über die Verdoppelung des Euro-Rettungsfonds EFSF nicht „freigeben“ zu wollen. Die Euro-Rettung sei „keine klassische Gewissensfrage“. Laut Artikel 38 Grundgesetz sind die Abgeordneten nicht an Weisungen gebunden, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet. Bedarf die Wahrnehmung dieses parlamentarischen Grundrechts jetzt der vorherigen „Freigabe“?

Ausgabe November 2011

Zeitgewinn?

Deutschland im Herbst 2011: Selbst das letzte von der Regierung Merkel immer wieder reklamierte Ziel, es gelte „Zeit zu kaufen“ für eine Lösung der Schuldenkrise, scheint sich in Luft aufzulösen. Die „Welt am Sonntag“ titelt am 9. Oktober 2011: „Rettung oder Kollaps – jetzt läuft der Countdown“ und sieht nur noch wenig Zeit, um „Europas Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren“. Die seit Mai 2010 bemühte Schimäre, man könne Griechenland vor der Pleite retten, ist der

allgemeinen Erkenntnis gewichen, dass ein Schuldenschnitt unvermeidlich ist. Aber: Durch die unfassbare Untätigkeit der europäischen Institutionen hat man keine Zeit gewonnen, sondern Zeit verloren. Nach Spanien und Italien stehen mittlerweile auch Frankreich und Belgien unter verschärfter Beobachtung. Ökonomen sehen die Weltwirtschaft aktuell in noch größerer Gefahr als im Herbst 2008.

Ohne Ausgang

Als „brennendes Haus ohne Ausgang“ hat der britische Außenminister die Euro-Zone bezeichnet. Es sei Wahnsinn gewesen, dieses System zu schaffen. Deutschland werde die schwachen Mitgliedsstaaten der Währungsunion den Rest ihres Lebens stützen müssen. Der Kontinent stehe vor der Aufgabe, den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Der Minister kündigte an, Kompetenzen von der EU nach Großbritannien zurückzuholen.

Hebel-Effekte

Kaum ist das EFSF-Paket im Bundestag verabschiedet, werden von interessierter Seite neue Forderungen nach einer weiteren trickreichen „Ertüchtigung“ laut. Nachdem Eurobonds aus taktischen Gründen (zunächst) von der Agenda genommen worden sind, soll es jetzt eine Hebelung á la Hedge Fonds bringen, die das verfügbare Finanzvolumen auf wundersame Art vervielfältigt. Dass sich dadurch auch die Ausfallrisiken multiplizieren, wird eher am Rande konzediert. Der FDP-Fraktionsvorsitzende hat dieses unverantwortliche Modell als „Massenvernichtungswaffe für die Finanzmärkte“ bezeichnet. Die Rating-Agenturen haben bereits darauf hingewiesen, dass solch kreative Buchführung auch die Kreditwürdigkeit Deutschlands beeinträchtigen würde.

Rechtsbruch

Der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler (FDP) sieht die EU auf dem Weg in den politischen Zentralismus: „Die Gründungsväter Europas wollten ein Europa des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit. Die heutigen Regierungen des Euroraums, die EU-Kommission und die EZB verabreden sich hingegen wiederholt zum kollektiven Rechtsbruch, obwohl die EU-Kommission als Hüterin der Verträge und die nationalen Regierungen zum Schutz des Rechts verpflichtet sind. Sie nutzen die Angst vor einem Zusammenbruch des Finanzsystems, um mit Hilfe des kollektiven Rechtsbruchs der No-Bail-out-Klausel in den Europäischen Verträgen einen europäischen Superstaat zu gründen und bemänteln diese Usurpation verbal als europäische Solidarität.“

Denkverbote

In den Geschichtsbüchern von 2050 werden Historiker dereinst rätseln, wieso sich Deutschland so existenzgefährdend in den Niedergang des Euro hat verwickeln lassen. Tatsache ist: Die strategische Ausgangslage ist entscheidend dadurch geschwächt worden, dass die Bundesregierung seit Beginn der Euro-Krise freiwillig auf alle Optionen jenseits der bedingungslosen Rettung verzichtet hat. Die angebliche Alternativlosigkeit hat den Reformdruck auf die Nehmerländer konterkariert und die deutsche Regierung de facto erpressbar gemacht. Bemerkenswert ist auch, dass ein deutscher Austritt aus dem Euro hierzulande noch nicht einmal als Worst-Case-Szenario diskutiert wird. Dieses Thema wird in Politik und Medien offensichtlich vorsätzlich und systematisch tabuisiert. Auch dadurch haben sich die propagierte Regierungslinie und die Meinung der Bevölkerungsmehrheit soweit voneinander entfernt wie nie zuvor in unserer

demokratischen Geschichte. 82 % der Bürger haben sich gegen weitere Zahlungen zur Rettung der Gemeinschaftswährung ausgesprochen. Eine deutliche Mehrheit sieht den Euro am Ende und wünscht sich eine Rückkehr zur DM. Einer Emnid-Umfrage zufolge würden 37 % der Deutschen eine Euro-kritische Partei wählen. Daraus resultiert die Frage, wie lange man noch glaubt, gegen die Bürger und Wähler Politik machen zu können. Irgendwann wird sich die Regierung wohl ein neues Volk suchen müssen.

Der Ausstieg

Nicht an Tabus und Denkverbote hält sich Prof. Dirk Meyer, Professor für Volkswirtschaft an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Der Ökonom hat untersucht, ob und wie eine Wiedereinführung der DM als kleineres Übel realisiert werden kann. Im Ergebnis hält er den Austritt für juristisch, praktisch und volkswirtschaftlich machbar. Sein Fazit lautet: „Aufwertungen der neuen DM würden die deutschen Euro-Auslandsschulden entwerten und überschuldeten Staaten die Tilgung erleichtern. Wegen der hohen Netto-Gläubigerposition Deutschlands kommt es per Saldo zu einem Vermögensverlust von geschätzt 150 Milliarden Euro. Insgesamt hätte Deutschland das Experiment Einheitswährung dann mehr als 200 Milliarden Euro oder rund zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung gekostet. Diese Summe ist Lehrgeld für die Anmaßung einer Klasse von euromanischen Politikern, die glauben, die ökonomischen Wahrheiten missachten zu können.“

Ausgabe Dezember 2011

EZB-Komplott

Die Weigerung der Deutschen Bundesbank, dem Rettungsfonds EFSF Zugriff auf ihre Gold- und Devisenreserven zu geben, hat eine von Frankreich gestartete Initiative zur Aufstockung des IWF-Kapitals um über 500 Mrd. US-Dollar (zunächst) gestoppt. Für Aufregung hat dabei ein internes EZB-Rechtsgutachten gesorgt, das die Zuständigkeit der deutschen Zentralbank für die nationalen Währungsreserven aushebeln wollte. Ziel war offenbar, mit deutschen Reserven faule Staatsanleihen Italiens und anderer Krisenländer anzukaufen. Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat dieses Vorhaben als eine Form monetärer Staatsfinanzierung bezeichnet, die nach den EU-Verträgen verboten sei. Da sich die mit den EFSF-Hebelbeschlüssen verbundene Hoffnung, Drittländer wie China als Geldgeber des Rettungsfonds zu gewinnen, bisher nicht erfüllt hat, sucht die Euro-Gruppe unter Leitung von Herrn Juncker händeringend nach alternativen Beschaffungsmöglichkeiten. Nachdem die G20-Schlussklärung von Cannes ausdrücklich Optionen wie IWF-Sonderziehungsrechte erwähnt hat, dürfte der Zugriff auf die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank schon bald wieder auf der EU-Agenda auftauchen.

Das Geld der anderen

Eine kritische Zwischenbilanz des bisherigen Umgangs mit der Schuldenkrise hat der frühere Bundesbank-Chef gezogen. Axel Weber wörtlich: „Bisher wurde versucht, die eigenen Probleme mit dem Geld der anderen zu lösen“. Dabei verfüge gerade Italien mit einem Nettovermögen von 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über einen erheblichen Reichtum, den man zuerst zur Lösung des Problems heranziehen müsse. „Stattdessen hat die Politik jedoch eineinhalb Jahre vergeudet

und über irrelevante Alternativen und das Geld anderer geredet“, sagte Weber. Als gefährlichen Irrweg bezeichnete er die Idee der Eurobonds, also gemeinsamer Staatsanleihen der Euro-Staaten.

„Schuldensozialismus“

Auch Prof. Philipp Bagus, Ökonom an der Universität Madrid und Autor des Buches „Die Tragödie des Euro“, sieht die aktuelle Entwicklung mit Skepsis: „In den vergangenen anderthalb Jahren hat sich der Charakter der Währungsunion tiefgreifend verändert: Sie ist von einer Stabilitäts- in eine Schuldenunion transformiert worden. Das einstige Prinzip der Nichthaftung für fremde Schulden (No-Bail-out) ist ins völlige Gegenteil umgeschlagen. In ihrer Not haben sich die Euro-Regierungen in eine Art Schuldensozialismus durch Vergemeinschaftung der Haftungsrisiken begeben. Und immer schneller dreht sich die Interventionsspirale. Überschuldete Staaten werden mittels neuer Schulden gerettet und müssen im Gegenzug Kompetenzen abgeben. Die Einrichtung einer Wirtschaftsregierung ist absehbar. Diese wird Steuern harmonisieren und damit den Steuerwettbewerb, einen entscheidenden Widerstand gegen allzu großes Staatswachstum, durchbrechen. Auch wenn einige Medien derzeit von einer deutschen Dominanz in Europa fabulieren: Betrachtet man die Geschichte, so zeigt sich der rationalistisch-französische Ursprung dieser Ideen. Der steuernde, dirigistische EU-Zentralstaat rückt näher.“

Klare Regeln

Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach fasst seine Sorgen folgendermaßen zusammen: „Wir tun so, als könnten unsere Milliardenbürgschaften niemals fällig werden, frei nach der urkölischen Weisheit: Et hät noch immer jot jejeange. Es muss klare Regeln geben für den Fall, dass ein Euro-Land hoffnungslos überschuldet und deshalb dauerhaft nicht in der Lage ist, sich zu finanzieren. Wenn es bei dem obersten politischen Prinzip bleibt, dass nie ein Land die Euro-Zone verlassen oder ausgeschlossen werden darf – selbst wenn die Gemeinschaft noch so oft bürgen oder zahlen muss – dann werden wir zwangsläufig immer wieder zur Kasse gebeten. Das führt geradewegs zu der grotesken Situation, dass die Länder mit strikter Haushaltsdisziplin immer noch strenger sparen müssen, um weiterhin im Notfall andere retten zu können. Solange dieses Kernproblem der Währungsunion nicht korrigiert wird, werden laufend neue Krisengipfel überhaupt nichts ändern.“

Gehebelte Probleme

Für ifo-Chef Hans-Werner Sinn hat die Euro-Krise ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Der Schuldenschnitt für Griechenland schaffe keine dauerhafte Entlastung, weil das Land im Euroraum bleibe, also nicht abwerten könne. Die Hebelung des EFSF werde auf Sicht auch Frankreich und Deutschland destabilisieren. Schon die Subventionierung der italienischen Zinsen werde „für uns sehr, sehr teuer“. Außerdem werde der Reformdruck auf Italien verringert. Sinn weiter: „Der Bundestag hat sich da in ein Wagnis hineingeredet, das er gar nicht überblickt.“ Im neuen „Stern-Sorgenbarometer“ rangiert die Angst der Bürger vor immensen Staatsschulden mit 71 % weit oben. Noch stärker ist die Furcht, dass unsere Politiker mit den aktuellen Euro-Problemen überfordert sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fürchtet ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für den Fall, dass Frankreich sein Top-Rating verlieren sollte. Um solchen Risiken „vorzubeugen“, plant die EU ein Verbot von Länder-Ratings. Dieses Vorgehen erinnert an die in der Antike geübte Praxis, den Überbringer schlechter

Nachrichten zu köpfen. Oder an den unfähigen Chefarzt, dem reihenweise die Patienten wegsterben und der daraufhin den Einsatz von Fieberthermometern verbietet.

Thielenhaus & Partner